Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 28. Januar 1887. Nr. 45.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 27. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 15,000 Mark auf Nr. 38089.

1 Gewinn von 10,000 Mark auf Nr. 166699.

5 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 61632 85949 95929 96942 188412.

44 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 290 661 1377 2643 12661 16772 19508 19734 20354 27069 32152 40564 41858 58550 61370 65329 66627 67140 74158 74335 79471 83091 84422 86121 87299 98632 116989 123326 124594 127899 131521 137075 140696 152379 152769 154609 157705 167324 177662 178892 182107 184886 186732 186899.

36 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 3835 5644 10267 14295 21334 23885 34394 38118 43211 44554 56538 58995 61554 73879 79523 81522 90492 98619 107443 114732 117275 117494 119832 123825 124765 131359 131801 134410 134774 146452 139507 142935 147497 157165 159304 186900.

42 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 6143 6449 10269 14837 31302 38270 38550 46742 50610 56792 63022 72143 76308 76655 78571 78993 81005 88516 88630 91042 104001 104586 107797 115570 127780 132110 133507 143763 138611 138827 140929 146712 150277 153822 159816 165043 165755 166524 171252 171639 178221 182403.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

8. Plenarsitzung vom 27. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Eingegangen: Uebersicht von den Entschließungen der Staatsregierung auf Resolutionen des Hauses der Abgeordneten; Gesetzentwurf betr. die Vertheilung von Immobiliarpreisen im Geltungsbereich des rheinischen Rechts.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Entwurfs des Staatshaushalts-Etats für 1887/88, und zwar des Domänen-Etats.

Bei den Einnahmen Kap. 1, Tit. 1 (Grundherrliche Hebungen und Hebungen von veräußerten Domänenobjekten 1,441,160 M.) bemerkt

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Unser landwirthschaftlicher Grundbesitz ist durch die Domänen- und Forstankäufe um über $1\frac{1}{2}$ Quadratmeilen im vergangenen Jahre gestiegen. Wir haben also alle Veranlassung, dem Herrn Landwirthschaftsminister für diese zweckmäßige Verwaltung des Domänenbesitzes zu danken. Aufgefallen ist mir jedoch, daß von der im Etat der letzten beiden Jahre für die Ankäufe ausgesetzten Summe von 4 Millionen Mark für die Provinz Posen nur 60,000 M. verwendet worden sind, also nur $1/_{68}$ der ganzen Summe, während die Provinz Posen ungefähr $1/_{12}$ des ganzen Landes ausmacht. Dies ist mir besonders nach den Polenverhandlungen im vergangenen Jahre aufgefallen. Der Herr Reichskanzler hat schon in einer Rede vom 9. Februar 1872 die Nothwendigkeit der Germanisirung der Provinz Posen sehr laut betont und man hätte deshalb auch diesen Fonds benutzen können, um das Flottwell'sche System fortzusetzen. — Für die Meliorationen sind in den letzten 6 Jahren im Extraordinarium jährlich 600,000 M. bewilligt worden, also insgesammt etwa drei Millionen. Wunderbarer Weise sind davon von den Domänenpächtern nur 2 Millionen in Anspruch genommen worden. Das ist der schlimmste Beweis für den Niedergang der Landwirthschaft.

Der Titel wird ohne weitere Debatte bewilligt.

Bei Tit. 5 (Ertrag von Mineralbrunnen, Bädern 2c.) erhält das Wort

Abg. Dr. Graf (natlib.): Die Frequenz von Norderney hat sich zwar schon bedeutend gehoben, könnte aber noch weit mehr gefördert werden, wenn die Verbindung mit dem Festlande unabhängig von Ebbe und Fluth gemacht würde. Außerdem stellt sich eine Wartehalle bei dem steigenden Verkehr immer mehr als unentbehrlich heraus. Noch dringender ist aber die Sicherung der Unterkunft von Kurgästen in einem vielleicht an das neue Hospiz sich anschließenden Krankenhause; denn wenn jetzt ein Fremder in einem durch Vermiethung an Kurgäste dem Erwerb des Eigenthümers dienenden Privathause erkrankt, wird er naturgemäß als ein frevelhafter Störer der Einnahmequelle des Besitzers angesehen, und eine andere Unterkunft ist nicht vorhanden. Außerdem erhebt Redner noch andere Forderungen im Interesse der Gesundheitspflege von Norderney.

Abg. Imwalle (Zentr.) schließt sich den Beschwerden des Vorredners über die unzureichenden Einrichtungen auf Norderney an und dehnt die Ausstellungen auf die zu bedeutende Höhe der Badetaxen aus, die sogar für Bäder in natura sehr hoch seien, obwohl es an und für sich doch unnatürlich sei, für Seebäder in natura bezahlen zu müssen. Auch die mangelhaften Einrichtungen bezüglich des katholischen Gottesdienstes lassen viel zu wünschen übrig.

Minister für Landwirthschaft Dr. Lucius: Die Staatsregierung ist gern bereit, für die Hebung Norderneys einzutreten. Ein Hinderniß ist die geringe Prästationsfähigkeit der kleinen Gemeinde Norderney; die Kosten fallen dadurch der Staatskasse zur Last. In Bezug auf die Beschaffungen guten Wassers haben bereits Untersuchungen stattgefunden. Die Ergebnisse der Bohrung sind noch zweifelhaft. Sobald die Techniker unter einander einverstanden sein werden, wird weiter vorgegangen werden. Die Verbindung Norderneys mit dem Binnenlande wird weiter ein Gegenstand unserer Fürsorge sein. Die Errichtung einer Wartehalle, wie die Wünsche des Abg. Imwalle, werden in Erwägung gezogen werden. Für einen aushülfsweisen katholischen Gottesdienst ist ja bereits gesorgt, ob noch mehr geschehen kann, ist noch nicht zu übersehen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Es folgt der Etat der Forstverwaltung.

Kap. 2, Tit. 1: Für Holz aus dem Forstwirthschaftsjahre 1. Oktober 1886/87 52 Millionen, d. h. 2,100,000 Mark mehr als im Vorjahre.

Zu den Einnahmen bemerkt

Abg. v. Minnigerode (kons.): Die Steigerung der Einnahmen um 2,100,000 ist sehr erfreulich in dieser Zeit, wo sonst alle Betriebe zu leiden haben. Der Einfluß der Holzzölle ist dabei nicht zu verkennen. Aber auch die Verwaltung selbst hat sich wesentliche Verdienste um diese Steigerung der Einnahmen erworben. Die Forstverwaltung wird stets dafür sorgen, daß der Waldfideikommiß, wenn ich so sagen darf, unserem Volk erhalten bleibt.

Abg. Seer (nat.-lib.) beklagt sich über die Koalitionen zwischen den Bietern, welche bei Lizitationen sich bilden, und fordert den Minister auf, einen freihändigen Verkauf zu veranstalten.

Minister für Landwirthschaft Dr. Lucius: Ihm sei kein derartiger Fall zur Kenntniß gekommen, falls sich aber solche Koalitionen bilden, werde er die Oberförster beauftragen, einen freihändigen Verkauf anzuordnen. Redner bestätigt ferner die Auslassungen des Abgeordneten von Minnigerode, speziell in Bezug auf das Königreich Sachsen, bei seiner hochentwickelten Industrie und seinen guten Verkehrswegen. Aber auch in Preußen sei der Nutzholzverbrauch gestiegen von 29 auf 40 Proz., hauptsächlich durch Bemühung der Forstverwaltung. Die Forstverwaltung liefert nur deshalb augenblicklich weniger Erträge, weil eine Menge Ländereien erst angeforstet werden müssen, die natürlich fürs erste mehr kosten als einbringen. Das ist aber eine wirthschaftliche Ausgabe, die unseren Nachkommen nach 30, 40 Jahren zu Gute kommt, namentlich da die Abholzung in den übrigen europäischen Staaten rapide fortschreitet.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Kap. 2, Ausgaben, fordert in Tit. 2 (Oberförster 2c.) 1,951,430 Mark.

Abg. v. Risselmann (kons.) führt aus, daß die Gehaltsaufbesserung der Forstbeamten um 100,000 Mark keine Bevorzugung dieser Beamten bedeute, daß jetzt vielmehr erst diese Beamten den übrigen Beamten gleichgestellt sind, so daß an einer allgemeinen Beamten-Gehalts-Erhöhung auch die Forstbeamten würden partizipiren müssen.

Der Titel und der Rest dieses Etats wird hierauf bewilligt, ebenso der Etat des Erlöses aus Ablösungen von Domänen-Gefällen.

Es folgt die Berathung des Etats der direkten Steuern.

Nach einer längeren Debatte zwischen dem Abg. Krah (freikons.) und dem Geh. Regierungsrathe Fuisting über die Grundsteuer-Entschädigung in Schleswig wird Titel 1 der Einnahmen (Grundsteuer 40,080,000 Mark) angenommen.

Ueber Titel 3: klassifizirte Einkommensteuer 38,862,000 Mark, Titel 4: Klassensteuer 22,911,800 Mark, und Titel 5: Gewerbesteuer 20,008,000 Mark wird die Berathung gemeinsam eröffnet.

Abg. Dr. Möllmann (nat.-lib.) tadelt das Verfahren bei Aufstellung der Klassensteuerrollen, und exemplifizirt dabei auf die von ihm vertretene bedrängte Gemeinde Osnabrück. Die Ungleichmäßigkeit des Einschätzungs-Verfahrens sei es, welche die direkten Steuern so schwer empfinden lasse.

Abg. v. Meyer-Arnswalde führt aus, daß er seinen Standpunkt als Freihändler aufgebe und in's Zoll-Lager übergehe, da nach seiner Meinung die Zölle nicht die Lebensmittel vertheuert hätten. Es sei bedenklich, Steuer-Erlasse einzuführen und den Ausfall dann durch eine Anleihe zu decken und so stets ein Defizit zu tragen. Noch bedenklicher sei die Ler Huene, deren Aufhebung er befürworte — leider könne er in seiner Fraktion keine Unterschriften zu einem darauf hingehenden Antrage sammeln.

Abg. Stötzel (Zentrum) beschwert sich über einzelne Härten in der Veranlagung, besonders der ärmeren Familien, wobei seitens der Einschätzenden die Nebenumstände, wie zahlreiche Familien-Mitglieder 2c., viel zu wenig berücksichtigt werden.

Geh. Regierungsrath Fuisting verliest mehrere Verfügungen der Steuer-Verwaltung, in welchen eine milde Praxis in der Steuer-Einschätzung den einzelnen Steuer-Behörden zur Pflicht gemacht werde.

Der Titel wird sodann bewilligt und ebenso der Rest dieses Etats.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats.

Schluß 2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 27. Januar. Seine königliche Hoheit der Prinz Wilhelm vollendet heute sein 28. Lebensjahr. Die ersten Glückwünsche überbrachte die erlauchte Gemahlin, die hierbei von ihren 3 Söhnen umgeben war; später gratulirten der Hofstaat und die Adjutanten. Der Sängerchor der Kompagnie vom 1. Garde-Regiment zu Fuß, welche der Prinz einst geführt, sang in der Morgenstunde vor den Gemächern des Prinzen. Um 9 Uhr hatte im Schloßhofe das Musikkorps des 1. Garde-Regiments zu Fuß Aufstellung genommen, um den hohen Herrn durch eine Morgenmusik zu feiern. Die im Schlosse ausgelegten Bogen bedeckten sich schnell mit den Namen der Glückwünschenden; den dem Prinzen näher stehenden Herren war es gestattet, ihre Gratulationen persönlich darzubringen. Zu dem Dejeuner wurde die kronprinzliche Familie aus Berlin erwartet. Die Tafelmusik stellte das Garde-Husaren Regiment. Alsdann wollte der Prinz noch einige launige Lieder hören, welche von verschiedenen Herren der Oper vorgetragen wurden. Nachmittags beabsichtigt der Prinz nach Berlin zu kommen und sich alsbald zu den kaiserlichen Großeltern zu begeben.

— Das schon vorgestern amtlich verkündete Verbot der Pferde-Ausfuhr über sämmtliche deutsche Grenzen gegen das Ausland mit der Ermächtigung für den Reichskanzler, Ausnahmen von diesem Verbote zu gestatten und etwa erforderliche Kontrollmaßregeln zu treffen, stimmt inhaltlich genau mit dem am 7. Juli 1877 erlassenen deutschen Pferdeausfuhrverbot überein, welches am 22. Juli 1878, also nach länger als Jahresfrist, erst wieder aufgehoben wurde. Der Erlaß des damaligen Verbots erfolgte, als der russisch-türkische Krieg ausgebrochen war und also zu befürchten stand, daß seitens der Kriegführenden der Kriegsbedarf an Pferden im Auslande zu decken versucht werden könnte. Bei Ausbruch eines Krieges sind derartige Verbote auch bei den Neutralen nichts Seltenes, meist sogar die Regel. Das Ungewöhnliche bei dem jetzigen Verbot könnte allein darin gefunden werden, daß es ohne weiterhin sichtbare kriegerische Veranlassung erfolgt. Wie offiziös geschrieben wird, hat es keine drohende Bedeutung, sondern soll nur beweisen, daß hier an maßgebender Stelle „die Lage ernst angesehen wird“; daß es sich aber nur um eine Schutz- und nicht um eine Angriffsmaßregel handelt, liege auf der Hand. Da nun im Osten der politische Himmel augenblicklich keinen Grund zu Besorgnissen giebt, so kann der Anlaß zu dem Verbot nur im Westen liegen. In Frankreich aber will man es nicht einmal Wort haben, zu Pferdeankäufen in Deutschland überhaupt genöthigt zu sein, geschweige denn solche veranlaßt zu haben. Als die „Voss. Ztg.“ vor einigen Wochen schon auf solche Ankäufe in Schleswig-Holstein auf Grund eigener Nachrichten hingewiesen hatte, las man wenige Tage darauf in dem Journal „Paris“ wörtlich:

„Alle Blätter gaben eine Note der „Voss. Ztg.“ wieder, welche auf außergewöhnliche Pferdeankäufe, die unser Kriegsminister jüngsthin in Schleswig gemacht haben soll, Bezug hat. Wir können heute versichern, daß diese Nachricht ganz falsch ist. Die Remonte-Direktion denkt so wenig daran, die unserer Armee nothwendigen Pferde im Auslande anzukaufen, als gewisse große Züchter des Zentrums und des Südens von Frankreich sich vor Kurzem darüber beklagten, daß sie genöthigt sind, eine große Anzahl Pferde zu behalten, die sie im Hinblick auf den Kriegsdienst vorbereitet hatten. Unsere Quellen sind also nach dieser Richtung mehr als genügend und brauchen wir für die Remonte unserer Kavallerie und Artillerie nicht an das Ausland zu appelliren. Die „Voss. Ztg.“ hat mit der Veröffentlichung dieser falschen Nachricht wahrscheinlich die Absicht gehabt, glauben zu machen, daß wir kriegerische Vorbereitungen treffen; allein die Unterstellung verfehlte ihre Wirkung.“

Die Ermittelungen der deutschen Regierung scheinen, nach dem ergangenen Ausfuhrverbot zu urtheilen, zu einem anderen Ergebniß geführt zu haben, wenn anders der Hauptzweck desselben der offiziösen Andeutung zufolge nicht ausschließlich darin zu suchen ist, daß Jeder erfahre, die Lage werde „an hiesigen maßgebenden Stellen ernst angesehen“. Ueber Schwefeläther, Pikrinsäure und Barackenbretter hat man in Frankreich nicht viel Worte verloren; wie man sich mit dem Pferde-Ausfuhrverbot abfinden wird, bleibt abzuwarten. In Deutschland wird man, um unnöthigen Beunruhigungen zu entgehen, jedenfalls gut thun, über den diesseits ergriffenen Schutzmaßregeln nicht zu übersehen, was der dem auswärtigen französischen Ministerium am nächsten stehende „Temps“ gestern schrieb: „Deutschland wird Frankreich nicht angreifen, und Frankreich, wie wir es kennen, wird ganz gewiß Deutschland nicht angreifen; der allgemeine Friede ist also augenblicklich nirgend bedroht.“

— Wie der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, sollen die Kosten der Anschaffung von Mausergewehren für die ottomanische Armee und der Anlegung entsprechender Vorräthe an Munition durch eine neue Anleihe aufgetrieben werden und finden zu diesem Zwecke Verhandlungen mit der Ottomanbank statt. Die Anleihe soll 4 Millionen türkischer Pfund betragen und ein Theil derselben zur Bezahlung rückständiger Gehalte der Staatsbeamten verwendet werden.

— Der Bundesrath wird auch heute Nachmittag die übliche Wochen-Plenarsitzung abhalten. Zur Berathung stehen Berichte der Ausschüsse über verschiedene Eingaben, sowie der Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen über die Vormundschaften, das Uebereinkommen mit England wegen des Sultanats Sansibar und die Abgrenzung der deutschen und

nglischen Interessensphären in Ostafrika, die Vorlage, betreffend die den einzelnen Bundesstaaten bis Ende Dezember 1886 überwiesenen Beträge an Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen, und der Antrag, betreffend den Anlaufhafen der deutschen Postdampfschiffe auf der australischen Hauptlinie.

— Das seiner Zeit vielbesprochene Projekt einer direkten telegraphischen Verbindung zwischen Peking und damit den wichtigsten Handelszentren Chinas einerseits, und Europa andererseits, welches von Marquis Tseng angebahnt worden sein soll, scheint sich der Verwirklichung nähern zu wollen. Wenigstens wird über Tientsin geschrieben, daß von kompetenter Seite ausgegangene Vorschläge dazu von der kaiserlichen Regierung in Peking mit großer Zuvorkommenheit aufgenommen worden sind, und mehr noch, es verlautet in Shanghai, daß die Durchführung dieses Projektes eines der ersten Ziele sein wird, welches sich Marquis Tseng für die Zeit seines Winteraufenthaltes in Peking gesteckt. Man ist wohl berechtigt, schreibt der „Ostasiatische Lloyd", dem Einflusse des genannten chinesischen Staatsmannes es zuzutrauen, daß er dies durchsetzen wird, und um so mehr, als alle Nachrichten dahin übereinstimmen, daß die Zentral-Regierung in Peking Reformen auf den Gebieten der Telegraphie und Eisenbahnen im Prinzip sich nicht abgeneigt zeigt, und daß dieselbe nur in weiser Mäßigung eine Ueberstürzung zu vermeiden sucht.

— Unter der Ueberschrift „Ein Kulturkampfprozeß" jammert die „Germania" in einem langen Erguß darüber, daß das bischöfliche Offizialat in Trier und der katholische Seelsorger von Neuenahr sich am 3. Februar vor der Strafkammer in Koblenz zu verantworten haben wegen Ausschließung einer nicht kirchlich Getrauten aus der katholischen Kirche. Die „Germania" hätte besser gethan, diese Geschichte nicht an die Oeffentlichkeit zu bringen, da die betreffenden Geistlichen nicht wegen Ausschließung der betreffenden Frau aus der katholischen Kirche verfolgt werden, sondern wegen öffentlicher Beschimpfung, die in einer Rohheit erfolgt ist, wie man sie gebildeten Männern nicht zugetraut hätte. Die Frau ist mit einem rechtsgültig von seiner ersten Frau geschiedenen Arzte gesetz- und rechtmäßig verheirathet, aber nicht kirchlich getraut. Und gegen diese rechtmäßige Ehefrau wird in der Kirche von Neuenahr öffentlich eine Aufforderung angeschlagen, worin die Frau mit ihrem Mädchennamen angeredet wird und deren erster Satz lautet: „Es ist notorisch, daß Sie mit dem Herrn Sanitätsrath R. S. (der Name ist im Original ausgeschrieben) in Neuenahr in dessen ehelichem Hause wie Gattin und Gatte zusammenleben." Eine so schmähliche Beschimpfung einer Ehefrau ist wohl überhaupt noch nicht vorgekommen, und sie ist um so unbegreiflicher, als sie gänzlich unnöthig war, da es genügt hätte, der Wahrheit gemäß zu sagen, die Ehe sei keine sakramentale kirchliche und müsse darum bei Strafe der Ausschließung aus der Kirche aufgegeben werden. Diese unerhörte Versündigung der geistlichen Behörden wider Anstand und Gesetz ohne jede Nöthigung soll nun ausgebeutet werden, um den Kulturkampf anzufachen; — es ist stark.

Ausland.

Paris, 25. Januar. In aufgeregten Augenblicken der Zeit- oder Weltgeschichte ist der Pariser immer noch zehn Grad erhitzter als der Provinziale und die übrige Menschheit; dann schießen die Lärmgerüchte wie Pilze in der schwülen Luft auf. So jetzt, wo die französische Erfindung noch durch die Spekulation gewisser englischer Korrespondenten unterstützt wird. Die Nachricht der „Daily News" konnte keinen erfahrenen Beobachter täuschen, hat aber die Pariser so erschreckt, daß jetzt, wo die Lüge amtlich aufgeklärt ist, die Presse wie nach einem schweren Traume aufathmet und hoch betheuert, der Franzose wolle kein Wässerchen trüben. Das „Journal des Debats" macht darauf aufmerksam, daß in der Presse planmäßig Beunruhigungen in die Welt geschleudert würden, um zu verhetzen; gewisse Londoner Blätter aber trieben diese Taktik handwerksmäßig. Statt Oel auf die schäumenden Wellen zu gießen, fort und fort Oel in die Flamme zu träufeln, versteht jedoch eine gewisse Sorte französischer Blätter nicht minder, und man hat sich gegen Störungen im Handwerk der Verhetzungen eine Manier angeeignet, welche jede Widerlegung überflüssig macht: „Ach, das sind Redensarten der — Reptilien, der feuilles de Bismarck, was will das sagen!" bellen „Revanche", „France" und ähnliche Chauvinistenblätter im Chore, wenn sie gegen Gründe nicht aufkommen können. So wird das französische Volk um ein richtiges Urtheil in deutschen Angelegenheiten systematisch betrogen, und die Leichtfertigkeit, die 1870 sich so schwer gerächt hat, ist wieder obenauf. In Tagen wie die letzten schlägt das leichte Herz dann plötzlich in das schwere um, das allen Unsinn glaubt, an der Börse Millionen verliert, doch morgen wieder Fetischdienst vor der großen Schlange thut, mit der Boulanger spielt wie ein Hindu mit dem giftigen Gewürm. Der „Gaulois" macht darauf aufmerksam, daß die „Daily News" „das Gladstone'sche Organ par excellence sei, aber in ruhigen Zeiten Niemand getäuscht haben würde, „jetzt jedoch, wo die schlimme Nachricht in eine allgemeine Aufregung fiel, in einen Geldmarkt, wo die Baissiers obenauf sind in Folge der finanziellen Noth, der Unfähigkeit der Regierung, schlug dieselbe ein und bewirkte ein Sinken der Rente von 1½ Fr. ... In Frankreich sind wir heute wie gestern schlecht regierte arme Teufel, die mehr Geld ausgaben, als sie hatten, die nicht wissen, wie sie sich aus der Klemme ziehen, und sich hinter dem Ohre kratzen, weil sie nicht wissen, wie viel Kredit sie ihren Schuldnern geben sollen!" Als Beruhigungsmittel schlägt „Gaulois" eine Strafe von 5 Fr. vor für jeden Franzosen, der den Namen Boulanger ausspreche.

Paris, 25. Januar. Unter dem Lockruf: „Es lebe Boulanger!" bieten die Verkäufer des „Etoile" dessen heutige Nummer aus, worin unter der Ueberschrift „Vive Boulanger!" darzuthun versucht wird, daß Boulanger seine Volksthümlichkeit nicht zu einem Staatsstreich benutzen werde, sondern um die Millionen, aus denen heute die französische Armee bestehe, eines Tages zum Siege zu führen. Das „Vive Boulanger" gelte nicht dem Manne, sondern dem „Oberhaupt der nationalen Armee", und Gambetta selbst würde kein Bedenken getragen haben, in diesen Ruf einzustimmen.

Die Lärmnachricht der „Daily News", die noch obendrein etwas entstellt hierher telegraphirt wurde, ist nicht ohne Wirkung geblieben; die Börse gerieth in ungeheure Bewegung, Millionen wurden auf's Spiel gesetzt und man befürchtet, daß die bevorstehende Liquidation schwierig sein wird.

Vorgestern wurde im Yonne-Departement an Stelle Paul Berts der radikale Republikaner Laffon mit 35,142 Stimmen gewählt. Der opportunistische Kandidat erhielt 29,012 Stimmen.

Der Prinz von Wales wird am 7. Februar in Paris erwartet.

Die Kronjuwelen sollen in den ersten Tagen des Mai versteigert werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 28. Januar. Den Geschworenen darf, nach einem vom 1. Straffenat in Uebereinstimmung mit einem früheren Urtheil des 2. Straffenats ergangenen Urtheil des Reichsgerichts vom 29. November v. J., zu ihrer Belehrung auch strafrechtliche Literatur, beispielsweise ein Kommentar zum Strafgesetzbuch, in das Berathungszimmer mitgegeben werden.

— Der General der Infanterie z. D. von Dannenberg, à la suite des Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiments Nr. 2, bisher kommandirender General des 2. Armeekorps, hat seinen Wohnsitz in Berlin genommen.

Zur Wahlbewegung in Pommern.

Stettin, 28. Januar. In dem diesjährigen Wahlkampf hat gestern die erste stürmische Versammlung stattgefunden, die deutschfreisinnige Partei hatte für gestern Abend eine Wählerversammlung nach dem Saale der Grünhof-Brauerei (Bock) einberufen, um ihrem Kandidaten, Herrn M. Brömel, Gelegenheit zu geben, seine Kandidatenrede zu halten, und war auch der große Bocksaal bis auf den letzten Platz gefüllt, jedoch hatten unter den Anwesenden die Sozialdemokraten die überwiegende Majorität. Dieselben hatten bereits zu Anfang die zu beiden Seiten des Saales befindlichen Gallerien besetzt und sich außerdem in der Mitte des Saales geschickt vertheilt. Schon als der Vorstand gegen 8 Uhr die Tribüne betrat, konnte es kaum zweifelhaft sein, daß die Situation eine ziemlich bedenkliche, denn die Aeußerungen, welche im Saale fielen, ließen das Schlimmste befürchten. Als der Vorsitzende des Wahlvereins der deutschfreisinnigen Partei, Herr Dr. Amelung, nach einer kurzen Begrüßung die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete, stimmte zwar ein Theil der Anwesenden begeistert ein, die meisten der auf der Gallerie Sitzenden jedoch verhielten sich schweigsam, die Hüte auf dem Kopfe behaltend; kaum war jedoch das Hoch verklungen, so wurde von den Sozialdemokraten als Antwort ein Hoch auf die Arbeiterpartei ausgebracht und ein wahrer Sturm brauste durch den Saal, da half kein gütliches Zureden, da half nicht energisches Zurufen — die Masse war entfesselt und zeigte sich in ihrer wahren Gestalt. Herr Dr. Amelung wies darauf hin, wie unschicklich es sei, ein Hoch auf Seine Majestät den Kaiser mit einem derartigen Hoch zu beantworten — es war tauben Ohren gepredigt, der Lärm wurde nur noch betäubender. Erst nachdem der Wirth des Lokals, Herr Schratz, die Bühne betrat und drohte, er werde sein Lokal den Sozialdemokraten nie wieder zu einer Versammlung hergeben, wenn diese bei andern Parteien solche Störungen verursachten, gelang es für kurze Zeit Ruhe herzustellen und Herr Brömel konnte das Wort ergreifen. Doch derselbe hatte kaum begonnen, so erhob sich aufs neue der Lärm, von allen Seiten ertönten Rufe und der Redner blieb im größten Theile des Saales unverständlich. Inzwischen war der Reichstagskandidat der Sozialdemokraten, Herr F. Herbert, im Saale eingetroffen und er sah wohl sofort ein, daß seine Parteigenossen und zukünftigen Wähler einen großen Fehler begangen und er bemühte sich nach Kräften, diesen Fehler wieder auszugleichen, er drängte sich bis zur Tribüne durch, um seine politischen Freunde zur Ruhe zu ermahnen, doch kaum hatte er die Tribüne betreten, so brachen die Sozialdemokraten in Hochrufe auf ihren Kandidaten aus und anstatt die Ruhe herzustellen, vermehrte sich der Tumult und auf Aufforderung des Vorstandes entfernte sich Herr Herbert wieder von der Tribüne. Es gelang auch Herrn Brömel, wieder zu Worte zu kommen, doch nur für kurze Zeit, da brach der Tumult aufs neue los und da keine Aussicht mehr vorhanden war, einen ruhigen Verlauf der Versammlung zu ermöglichen, schloß der Vorsitzende die Versammlung, indem er erklärte, daß bei einer späteren Versammlung die Sozialdemokraten nicht mehr Zutritt erhalten, sondern der Einlaß nur noch gegen vorher ausgegebene Karten erlaubt sein werde. — Nur langsam theilte sich die Versammlung, doch blieben die Sozialdemokraten noch truppweise vor dem Lokal auf der Straße vereinigt. Die Sozialdemokraten glauben, sie haben einen Sieg errungen, aber noch einige solche Siege und die Aussichten derselben dürften immer tiefer sinken. — Hoffentlich werden die Führer derselben dies auch einsehen und für die Folge eine Parole ausgeben, welche ihre Anhänger zur Mäßigung ermahnt. Herr Herbert hatte anscheinend gestern die besten Absichten, aber ....:

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Zu kleinen Preisen (Parquet 1 Mark rc.). Die Wallenstein-Trilogie. (Dritter Theil.) „Wallenstein's Tod." Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Sonnabend. Stadttheater: Volksthümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. „Czar und Zimmermann."

Die Theater-Einnahmen in Amerika erreichen oft eine geradezu kolossale Höhe. So wird berichtet, daß die fünf Tristan-Aufführungen am Newyorker Metropolitan-Operahouse, in welchen Albert Niemann die Titelrolle sang, bei ausverkauftem Hause je 7000 Doll. einbrachten, d. h. also jeder Theaterabend brachte 28,000 Mark. Tristan im Ganzen 140,000 Mark. — Herr Niemann wird noch bis Anfang Februar in Newyork bleiben, und um der dann drohenden Tenornoth vorzubeugen, ist Herr Anton Schott engagirt. Niemann sang neulich in einem von Anton Seidl gegebenen Symphoniekonzert einige Lieder, und in der Kritik einer der besten musikalischen Wochenblätter hieß es wörtlich: „Herr Niemann sang Robert Schumanns celebrated song: „Ich gröhle nicht." Ob Herr Niemann darob gegrollt hat, wissen wir nicht.

Vermischte Nachrichten.

Norfolk, 8. Januar. Ueber den Untergang des deutschen Schiffes „Elisabeth", Kapitän Halberstadt, in der Nähe von Kap Henry wird den „Newyork Times" gemeldet: Einer der schrecklichsten Schiffbrüche, welche je an der Küste von Virginia vorgekommen sind, hat sich heute Morgen um 2 Uhr in der Nähe der Rettungsstation auf Little Island, 14 Seemeilen südlich von Kap Henry, ereignet. Nicht weniger als 20, wahrscheinlich aber noch mehr Menschen sind dabei um's Leben gekommen, darunter auch 5 Mann von der Rettungsstation, die bei Erfüllung ihrer Pflicht ertranken. Der Morgen war bitter kalt und es wehte ein schrecklicher Schneesturm aus Nordost. Während einer Pause des Sturmes bemerkte die Wache der Rettungsstation auf Little Island, daß ein großes Schiff etwa 800 Yards vom Ufer auf der Barre gestrandet sei. In demselben Augenblick kam auch der Wachtmann der Dam Neck Station heran, der ebenfalls das gestrandete Schiff bemerkte und Beide ließen Raketen steigen, um den Schiffbrüchigen anzuzeigen, daß sie gesehen worden seien. Sie eilten dann nach ihren resp. Stationen zurück, um die Mannschaften zu avisiren. Nach kurzer Zeit waren beide Mannschaften mit Rettungsbooten und Raketenapparat querab vom Wrack, und ein Kanonenschuß kündete an, daß man eine Leine nach dem verunglückten Schiffe hinübergeschossen habe. Der Schuß hatte keinen Erfolg, ebenso die folgenden. Nachdem sechs Schüsse erfolglos abgegeben waren, beschlossen die Mannschaften, der wüthenden See und dem Tode, der ihnen bei dem Wagniß zu drohen schien, zu trotzen. Auf Befehl von Kapitän Belanza von der Little Island Station bemannten je sechs der erfahrensten Bootsleute die beiden Rettungsboote, die unter Befehl des Kapitäns mit allen Kräften hinausruderten. Sie erreichten auch glücklich das Schiff, wo fünf von der Mannschaft das eine Rettungsboot bestiegen, während zehn sich in das Schiffsboot begeben hatten. Die Boote steuerten dann wieder dem Lande zu; Niemand sprach angesichts der sie umgebenden Gefahr ein Wort. Unter stetigem Rudern kamen die Boote rasch vorwärts, als eine ungeheure Welle heranrollte und zwei Boote umschlug, so daß die zweiundzwanzig Insassen in's Wasser geschleudert wurden. Und nun begann ein schrecklicher Kampf um das Leben, der bei Manchem lange dauerte. Die erschreckten Mannschaften am Strande waren machtlos, ihren Kameraden und den Fremden Hülfe zu bringen. Die Ertrinkenden wurden von der See südwärts geführt, wo einige von ihnen an's Land gespült wurden. Diese wurden sofort aufgegriffen und in Behandlung genommen, jedoch gelang es nur in zwei Fällen, die Leute in's Leben zurückzurufen. Einer derselben war schwer verletzt.

— In der Schweiz existiren ungefähr tausend Hotels; diese enthalten 58,000 Betten und die Anzahl der Bediensteten beträgt 16,000 Personen. Die jährliche Einnahme dieser Hotels beläuft sich auf 42,400,000 Franks, also auf mehr als das Budget der ganzen Schweiz ausmacht, und die Ausgaben auf 28,880,000 Franks. Folgende Zahlen geben über den großartigen Konsum dieser Hotels Aufschluß. Dieselben verausgabten im letzten Jahre: für Wein 2,800,000 Franks, für Geflügel 1,740,000 Franks, für Fische 1,000,000 Franks, für Gemüse u. s. w. 800,000 Franks, für Kaffee 480,000 Franks, für Zucker 400,000 Franks, für Thee 192,000 Franks, für Oel 160,000 Franks. Gleichzeitig wurden neben diesem Import 18,000,000 Franks für Speise und Trank in heimischen Produkten gezahlt.

Versicherungswesen.

Bei der Kölnischen Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Köln wurden im Monat Dezember vorigen Jahres 151 Unfälle angemeldet, von denen 61 Fälle durch Zahlung der Entschädigungen im Betrage von 3134,54 Mark bis zu 8,50 Mark bereits erledigt sind. Die übrigen 90 Fälle schweben noch, weil die Verletzungen schwererer Art sind. Dauernde Invaliditätsfälle waren drei, Todesfälle einer zu verzeichnen. Im Ganzen kamen in diesem Monat 18,934,59 Mark an Entschädigungssummen zur Auszahlung.

Die Mehrzahl der Verletzungen bestand in Arm- oder Beinbrüchen, Distorsionen und Luxationen der Knie- resp. Fußgelenke, in Schienbein-Kontusionen und Aehnlichem — leicht erklärlich als Folgen der eingetretenen kalten Witterung, wodurch Wege und Transportmittel mit Schnee und Eis bedeckt wurden und den Verkehr in erhöhtem Grade gefährdeten.

Während die einfache Reisepolize, welche jeder sich selbst ausstellen kann, nur eins pro Mille der Versicherungssumme kostet, für 20,000 Mark die Jahresprämie also nur 20 Mark beträgt, — würde der Berufs-Reisende je nach seiner sonstigen Beschäftigung sich gegen alle Unfälle mit etwa gleichen Summen — 20,000 Mark auf den Todes- und den Invaliditätsfall und 15 Mark tägliche Kurquote für 200 Tage — für 52,50 Mark bis 61 Mark pro Jahr durch die Einzelpolize versichern, sich also für einen verschwindend geringen Betrag gegen die materiellen Folgen der vielfachen Unfallsgefahren schützen können, welche mit der zunehmenden Verkehrsentwickelung naturgemäß auch Leben und Gesundheit in erhöhterem Maße bedrohen.

Die vielen schweren Unglücksfälle der letzten Zeit weisen gebieterisch auf den hohen Werth der Unfallversicherung hin, und lassen die Sicherung desselben für Jeden, namentlich aber für Reisende, Kaufleute und Industrielle als dringende wirthschaftliche Nothwendigkeit erscheinen.

Entscheidungen deutscher Gerichtshöfe.

(Nach den neuesten Zeitschriften und Sammlungen.)

Der Inhaber eines Mangels Zahlung protestirten Wechsels kann seinen Vormann von der Nichtbezahlung des Wechsels auch mündlich benachrichtigen, da der Schwerpunkt des Art. 45 W.-O. auf die rechtzeitige Verständigung gelegt und mündliche Verständigung nicht ausgeschlossen ist. U. oberst. G.-H. Wien vom 20. August 1885.

Ein Fixgeschäft muß entweder ausdrücklich als solches bedungen sein, oder es muß in dem Willen der Parteien begründet sein, daß eine außerhalb der bestimmten Zeit oder Frist erfolgende Lieferung nicht mehr als Erfüllung der schuldigen Vertragspflicht zu betrachten sei. U. dess. G.-H. v. 5. Februar 1886.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Danzig, 27. Januar. Gestern Abend wurden hier 12 Sozialisten, darunter auch der Reichstagskandidat Jochem, nachdem bereits am Montag zahlreiche Haussuchungen stattgefunden hatten, wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung verhaftet.

Leipzig, 27. Januar. Heute wurde die erste internationale Ausstellung für Volksernährung und Kochkunst im Beisein des Königs und der Königin, sowie der Prinzen Georg und August im Krystall-Palaste eröffnet.

Chemnitz, 27. Januar. Von den Konservativen und Liberalen im 16. sächsischen Reichstagswahlkreise (Chemnitz) ist der wegen seines Wirkens auf dem Gebiete von Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiterbevölkerung bekannte hiesige Stadtrath und Spinnereibesitzer Clauß (nat.-lib.) als Kandidat aufgestellt worden. Der deutschfreisinnige Verein beschloß, seinen Parteigenossen Stimmenthaltung zu empfehlen.

Rom, 26. Januar. Wie die „Agenzia Stefani" meldet, soll sich den neuesten Nachrichten aus Massuah zufolge Ras Alula noch immer in Ghinda befinden und zögern, gegen Massuah weiter vorzurücken.

Rom, 26. Januar. Deputirtenkammer. Der Minister des Aeußeren, Graf Robilant, erklärte auf eine Anfrage Rudini's, die Regierung habe die feste Absicht, jetzt keine Expansionspolitik in Afrika zu verfolgen. Die gestern Abend veröffentlichte Depesche des Generals Gené sei dahin auszulegen, daß, wenn die abessinischen Truppen angreifen sollten, was noch sehr unwahrscheinlich sei, Gené dieselben energisch zurückweisen wolle. Daß ein Angriff Ras Alula's bereits erfolgt sei, müsse als Uebertreibung bezeichnet werden. Der Minister bat die Kammer, sie möge keine Besorgnisse hegen.

Rom, 27. Januar. In Aquila wurden sieben Erdstöße, darunter drei starke, verspürt. Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Alexandrien, 27. Januar. Stanley ist hier angekommen und nach Kairo weitergereist.